

**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt**

Es informiert Sie	Michael Lutz
Telefon (0202)	563 5920
Fax (0202)	563 8484
E-Mail	michael.lutz@stadt.wuppertal.de
Datum	12.04.10

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt (SI/0523/10) am 23.02.2010

Anwesend sind:

Vorsitz

Frau Bettina Brücher

von der CDU-Fraktion

Herr Martin Dahlmann, Herr Peter Moritz Iseke, Herr Olaf Kruschinski, Herr Volker Rösener, Frau Maria Schürmann, Herr Frank Zitlau

von der SPD-Fraktion

Herr Karlheinz Emmert, Herr Andreas Mucke, Herr Oliver Siegfried Wagner

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Ilona Schäfer

von der FDP-Fraktion

Herr Hartmut Stiller

von der Fraktion DIE LINKE

Herr Jürgen Köster

von der WfW-Fraktion

Herr Dr. Reimar Kroll

als sachkundige Einwohner/in

Herr Jörg Liesendahl, Herr Dirk Mober, Herr Fritz Ortmeier

Vertreter/innen der Verwaltung

Herr Beig. Harald Bayer, Frau Annette Berendes, Frau Cordula Brendel, Frau Ute Bücker, Herr Peter Ehm, Herr Reinhard Gierse, Herr Beig. Frank Meyer, Frau Henrike Mölleken, Herr Hubert Nobis, Frau Heike Obenlüneschloß, Herr Ansgar Toennes, Frau Susanne Varnhorst, Herr Albert Vosteen, Herr Wilfried Wächter

Gäste

Frau Ines Brockhaus (VZ), Frau Alexandra Wittmann (Naturschutzverbände)

Presse

Herr Stefan Melneczuk (WZ)

Schriftführer

Michael Lutz

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:20 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Verpflichtung

Vor Eintritt in die Tagesordnung werden die sachkundigen Bürger Herr Dahlmann, Herr Stiller und Herr Köster sowie die sachkundigen Einwohner Frau Wittmann, Herr Ortmeier und Herr Moberg von der Vorsitzenden, Frau Stv. Brücher verpflichtet.

Sie verpflichten sich per Handschlag, ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und ihre Pflichten zum Wohl der Stadt Wuppertal zu erfüllen.

2 Genehmigung der Niederschriften vom 26.05.09 und 25.11.09

Korrekturen der Niederschriften vom 26.05.09 und 25.11.09 mahnen Frau Stv. Schäfer, Herr Stv. Zitlau, Herr Stv. Mucke und Herr Köster an.

Beschluss des Ausschusses für Umwelt vom 23.02.2010:

Der Ausschuss für Umwelt genehmigt – mit einigen Änderungen – die Niederschriften über die Sitzungen vom 26.05.09 und 25.11.09.

Die Mitglieder des Ausschusses kommen überein, die folgenden Tagesordnungspunkte 3, 3.1, 4 und 5 gemeinsam zu diskutieren.

**3 Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 - 2014
Vorlage: VO/0131/10**

Beschluss des Ausschusses für Umwelt vom 23.02.2010:

Der Ausschuss für Umwelt stimmt einer Beschlussempfehlung an den Rat der Stadt **nicht** zu.

Nach Punkt 10 der Tagesordnung gibt Herr Stv. Zitlau folgende persönliche Erklärung ab:

Bei der Beschlussfassung zu Tagesordnungspunkt 2 „Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes“ - VO/0131/10 hat die CDU-Fraktion „falsch“ abgestimmt.

Die CDU-Fraktion stehe voll inhaltlich hinter der Verwaltungsdrucksache zum Haushaltssicherungskonzept.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit

2 ja-Stimmen der SPD-Fraktion,
10 Gegenstimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN,
der FDP-Fraktion, der WfW-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE
1 Enthaltung der SPD-Fraktion

3.1 Austritt der Stadt Wuppertal aus dem Zweckverband Wildgehege Neandertal Vorlage: VO/0021/10

Herr Stv. Zitlau weist auf eine Differenz zwischen dem in der Drucksache genannten Betrag von 11.250 EUR und dem im Geschäftsbericht des Verbandes ausgewiesenen Betrag hin.

Die einzusparende Summe ist – so Frau Mölleken – in der Tat der in der Vorlage genannte Betrag von 11.250 EUR.

Herr Stv. Mucke bittet – auch wenn die Frage der Differenz – ungeklärt ist, heute über die Vorlage zu beschließen, Frau Stv. Schäfer dagegen regt eine Vertagung auf Hauptausschuss und Rat an.

Herr Köster spricht sich für seine Fraktion sowohl gegen den Austritt der Stadt Wuppertal aus dem Zweckverband „Wildgehege Neandertal“ als auch aus dem Zweckverband „Erholungsgebiet Ittertal“ aus. Die einzusparenden Summen seien in ihrer Höhe „lächerlich“.

Zudem sei mit dem Austritt der Stadt Wuppertal seines Erachtens das Ende der Zweckverbände vorprogrammiert.

Herr Stv. Wagner, Herr Liesendahl und Herr Stv. Zitlau beteiligen sich an der sich anschließenden Diskussion.

Frau Stv. Schäfer stellt dar, dass der Austritt der Stadt Wuppertal aus dem Zweckverband Wildgehege Neandertal, hier von der Verwaltung mit spezieller Drucksache (VO/0021/10) vorgeschlagen, Bestandteil des vorgelegten Haushaltssicherungskonzeptes (VO/0154/10) ist und erklärt für ihre Fraktion, dass sowohl der Austritt aus dem Zweckverband Wildgehege neandertal als auch aus dem Zweckverband Ittertal abgelehnt werden.

Weiterhin stellt sie die Frage, ob die beiden Zweckverbände nach einem Austritt Wuppertal noch existenzfähig sind.

Der Zweckverband Neandertal – so Frau Mölleken – sollte bereits vor ca. 10 Jahren aufgelöst werden. Auch in den anderen Mitgliedsgemeinden lägen derzeit gleiche Vorlagen den Gremien zur Beschlussfassung vor – die Gemeinde Haan beispielsweise habe einen Austritt beschlossen – plane jedoch den Abschluss eine privatrechtliche Vereinbarung, die einen Fortbestand des Zweckverbandes sichere.

Herr Rösener hält einen Austritt aus dem Zweckverband Neandertal für schmerzhaft, jedoch werde hier – entgegen dem Verbandsgebiet „Ittertal“ – Wuppertaler Stadtgebiet nicht berührt.

Seine Frage für den Bereich Ittertal ist, welche Flächen dort dann gegebenenfalls nicht mehr gepflegt werden könnten. Sei zu befürchten, dass Wuppertaler Flächen nach einem Austritt aus dem Verbandsgebiet ausgegliedert werden? Hierzu führt Frau Mölleken aus, dass bislang der Zweckverband Ittertal in Bezug auf die Unterhaltung dieser Flächen nicht in Erscheinung getreten ist, so dass nicht zu erwarten ist, dass Mehrkosten auf die Stadt oder auf Private oder auf den Staatsforst Burgholz zukommen.

Eine Nachfrage von Herrn Stiller zum Zweckverband Ittertal wird im Folgenden von Frau Mölleken beantwortet. Die Projektmittel ergeben sich aus den Verbandsbeiträgen der Mitgliedsstädte. Die Verbandsversammlung habe in der Vergangenheit beschlossen, welche der geplanten Maßnahmen umgesetzt werden – insofern sei darauf geachtet worden, dass bei der Errichtung von Erholungseinrichtungen und bei der Anlage von Wegen alle Mitgliedskommunen einigermaßen gleichberechtigt beteiligt wurden.

Beschluss des Ausschusses für Umwelt vom 23.02.2010:

Der Ausschuss für Umwelt empfiehlt Hauptausschuss und Rat, die Verwaltung zu beauftragen, den Austritt der Stadt Wuppertal aus dem Zweckverband Wildgehege Neandertal zum 31.12.2010 zu erwirken. Der Antrag auf Austritt ist gemäß der Verbandssatzung in die nächste Verbandsversammlung einzubringen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit

Bei 3 Gegenstimmen der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE

4 HSK - Personalentwicklung in den Ressorts Umweltschutz sowie Grünflächen und Forsten Vorlage: VO/0154/10

Herr Toennes bittet um Verständnis dafür, dass die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN heute nur als eingebracht zu betrachten ist. Verwaltungsinterne Abstimmungen müssten vor einer Beantwortung noch erfolgen.

Frau Stv. Schäfer bedauert dies und bittet, dass vor der Sitzung des Hauptausschusses Antworten vorliegen. Sie merkt an, dass die Vielzahl der Drucksachen zum Thema HSK eher zur Verwirrung beitragen.

Herr Beig. Meyer erklärt, dass Teile der Anfrage hier und heute beantwortet werden können. Zur Frage 1 ("Sind bei der Fundstelle 1.2.1 im HSK – strukturelle Senkung der Personalkosten – die Ressorts 103 und 106 betroffen und wenn ja in welchem Ausmaß") sei festzustellen, dass die genannten Ressorts sehr wohl betroffen seien. Dieser Punkt betreffe die gesamte Verwaltung mit allen Leistungseinheiten. Den zweiten Teil der Frage nach dem Ausmaß sowie die Frage 2 („Fallen darunter auch bereits zum jetzigen Zeitpunkt unbesetzte Stellen?“) können man erst nach Gesprächen zwischen den Fachverwaltungen und der Kämmerei beantworten – es sei davon auszugehen, dass dies aber nicht vor dem 15.03.2010 erfolgen könne.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Stv. Mucke, der auf eine schnelle Klärung drängt, Herr Stv. Emmert, der kritisiert, dass die Auswirkungen der Personalentwicklung auf die einzelnen Ressorts und damit auch auf die Wuppertaler Bevölkerung nicht dargestellt werden und Herr Beig. Bayer mit dem Hinweis, dass Antworten auf die gestellten Fragen vorab mit der Personalverwaltung und der Kämmerei abgestimmt werden müssen. Der Betrieb bei der Grünflächenverwaltung könne derzeit nur „notdürftig“ aufrecht erhalten werden – Prioritäten nach Gefahrenabwehr und Verkehrssicherheitspflicht würden gesetzt – darüber hinaus sei nicht viel mehr möglich.

Ergänzende Ausführungen macht Herr Beig. Meyer. Alle frei werdenden Stellen, die nicht zu den Pflichtaufgaben gehörten, könnten künftig nicht wieder besetzt werden.

Dieser Personalabbau müsse zwingend von einem Personal-Entwicklungskonzept begleitet werden.

Weitere Diskussionsbeiträge leisten die Frau Vorsitzende, Herr Stv. Wagner, Herr Liesendahl und Herr Ehm.

Letzterer stellt dar, dass den Einsparungsnotwendigkeiten im Bereich der Grünflächenunterhaltung nicht mit der „Rasenmäher-Methode“ begegnet werde. Zurzeit werde eine diesbezügliche Konzeption erarbeitet. Auch künftig sei jedoch nicht auszuschließen, dass zum Beispiel Hecken entfernt werden müssten, wenn zusätzliche Flächen der Obhut des Ressorts übertragen würden. Dies sei bedauerlich, aber nicht zu ändern. Die zu erstellende Konzeption werde auch den politischen Gremien vorgestellt werden.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich Herr Stv. Zitlau, die Frau Vorsitzende, Herr Beig-Meyer und Herr Stv. Dr. Kroll, der darauf hinweist, dass die Verwaltungsvorlage von einem Personalabbau von lediglich 240 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung über einen Zeitraum von 5 Jahren die Rede sei. Seines Erachtens könne bei diesen Zahlen – einprozentige Reduzierung des Personals pro Jahr – von keinerlei Bedrohung der Aufgabenwahrnehmung gesprochen werden. Hierzu führt Herr Ehm aus, dass im Bereich der Grünflächenunterhaltung und der Forstverwaltung seit den 90er-Jahren 36% des Personals im gewerblichen Bereich abgebaut wurden. Dieser Fakt müsse in die Gesamtbeurteilung auch der künftigen Entwicklung eingehen.

Redebeiträge von Herr Stv. Dr. Kroll und Herrn Beig. Bayer, Herrn Rösener, schließen sich an.

Herr Rösener beklagt, dass die Drucksache als Tischvorlage ausgelegt wurde. Ihm sei somit die Tragweite der Vorlage – insbesondere die Frage der Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger der Stadt – nicht klar.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Vosteen, Herr Rösener und Frau Stv. Schäfer.

Sie bittet die Verwaltung dringend darum, die dem Haushaltssicherungskonzept zu Grunde liegenden Kriterien darzustellen.

Herr Stiller sieht durchaus die Sparzwänge. Er stellt die Frage, wo die konkreten Ansätze der Drucksache lägen – einen „Blanko-Scheck“ zu unterschreiben, lehne er für seine Fraktion ab.

Der Ausschuss für Umwelt nimmt die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN entgegen und erwartet eine Beantwortung vor der nächsten Sitzung des Hauptausschusses.

5 Austritt der Stadt Wuppertal aus dem Zweckverband Erholungsgebiet Ittertal
Vorlage: VO/0084/10

Beschluss des Ausschusses für Umwelt vom 23.02.2010:

Der Ausschuss für Umwelt empfiehlt Hauptausschuss und Rat, die Verwaltung zu beauftragen, den Austritt der Stadt Wuppertal aus dem Zweckverband „Erholungsgebiet Ittertal“ zum 31.12.2010 zu erwirken. Der Antrag auf Austritt ist gemäß der Verbandssatzung in die nächste Verbandsversammlung einzubringen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit

Bei 3 Gegenstimmen der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE und 1 Enthaltung der CDU-Fraktion

6 Bericht über die Verwendung der Ersatzgelder und Durchführung von Kompensationsmaßnahmen in 2009

Vorlage: VO/0967/10

Herr Rösener stellt eine Reihe von Fragen zur Vorlage der Verwaltung.

Beantwortung der gestellten Fragen:

Die unter Punkt 1.1 aufgelisteten Maßnahmen sind von den Investoren/Bauherren gemäß den Bestimmungen aus den genehmigungsbescheiden umgesetzt worden. Ein Teil der Maßnahmen wurde im Auftrag der Stadt durchgeführt, finanziert durch Zahlungen der Investoren/Bauherren. Die Stadt ist finanziell nicht beteiligt.

Die Vorgaben zur Grünlandextensivierung Erbschlo sind im Bauleitplanverfahren im landschaftspflegerischen Begleitplan festgelegt. Durch Vorgaben z.B. von Beweidungszeiten und anderen landschaftspflegerischen Maßnahmen können die extensiven Flächen sich artenreicher entwickeln. Für die Bodenbrüter erfolgt eine Beruhigung auf den Flächen, die den Lebensraum für die Vögel verbessert.

Zum Punkt 2 – Forderungen der Feuerwehr beim Durchlass Hengstener Bach – wurde die Frage nach Alternativen gestellt. Trotz intensiver Prüfung verschiedenster Möglichkeiten, während der Bauzeit sicher zu stellen, dass im Brandfall die dort befindlichen Häuser gelöscht werden können, konnte die Zufahrt zu diesen Häusern für die Löschfahrzeuge nicht dauerhaft sichergestellt werden.

Die 2009 durchgeführten Pflegemaßnahmen – aufgelistet unter Punkt 3 – erfolgten im Bereich des Marscheider Bachtals auf einer insgesamt drei Hektar großen, sehr feuchten Wiese. Im Bereich Gelpe/Saalbach betrug die Flächengröße, auf denen die Mahd erfolgte, 6.1 Hektar.

Das Grundstück im Bereich Lursiepen mit einer Flächengröße von 1,4 Hektar wurde angekauft, um Kompensationsmaßnahmen durchzuführen. Vorgesehen ist die Umwandlung eines Fichtenbestandes und extensive Pflege des Grünlandes, so dass im Zusammenhang mit anderen Pflegeflächen und ökologischen Waldumgestaltungen im Auenbereich des Naturschutzgebietes Marscheider Bach eine strukturreiche Landschaft erhalten bleibt.

Für die Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen auf Flächen z.B. in Zusammenarbeit mit der Rheinischen Kulturstiftung oder der Landwirtschaft liegen keine abgestimmten Flächen und Maßnahmen vor, so dass auf städtische Flächen zurückgegriffen wird oder in Vorzugsgebieten (Naturschutzgebiete) Flächen angekauft werden.

Die unterschiedlichen Summen zum Eigenanteil am Uhu-Vertrag 2009 und der Mittelbindung für 1010 begründen sich auf die festgelegten Vertragsinhalte. Im Jahr 2010 erfolgt der Abschlussbericht, so dass höhere Summen gebunden sind.

Weitere Fragen von Frau Stv. Schäfer zum Bereich Parkstraße/Erbschlo werden im Folgenden von Herrn Beig. Meyer beantwortet.

Herr Stv. Wagner dankt im Namen seiner Fraktion der Verwaltung für die vorgelegte Drucksache.

Positiv beurteilt Herr Liesendahl den Fortbestand der Biologischen Station Mittlere Wupper.

Der Ausschuss für Umwelt nimmt die Drucksache ohne Beschlussfassung entgegen.

7 **Bürgerantrag gem. § 24 der Gemeindeordnung NRW - Reduktion der kommunalen CO₂-Emissionen um 40 % bis 2010**
Vorlage: VO/0107/10

Herr Stv. Wagner merkt an, dass für Kommunen mit Nothaushalt Fördermöglichkeiten bis zu einer Höhe von 95% möglich sind.

Beschluss des Ausschusses für Umwelt vom 23.02.2010:

Der Ausschuss für Umwelt vertagt Beratung und Beschlussfassung zur nächsten Sitzung am 27.04.2010.

8 **Sachstandsbericht zur Umsetzung des Luftreinhalteplans Wuppertal**
Vorlage: VO/0961/09

Frau Stv. Brücher hebt besonders den im Bericht erwähnten umweltfreundlichen Dienstwagen des Herrn Beigeordneten Meyer hervor – dies könne und solle ihres Erachtens beispielgebend für die anderen Mitglieder des Verwaltungsvorstandes sein.

Herr Stv. Mucke dankt der Verwaltung für die Vorlage des Sachstandsberichtes zur Umsetzung des Luftreinhalteplanes Wuppertal. Im Folgenden stellt er die Sinnfälligkeit der eingerichteten Umweltzonen zur Diskussion. Seines Erachtens gäbe es sinnvollere Maßnahmen.

Auch Frau Stv. Schäfer dankt für die Vorlage. Spannend sei die Frage nach der Effizienz der umgesetzten Maßnahmen. Antworten auf diese Frage erwarte sie im Herbst.

Positiv hebt sie den erstmaligen Einsatz eines Hybrid-Fahrzeuges in der Busflotte der Wuppertaler Stadtwerke hervor.

Im Weiteren spricht Frau Stv. Schäfer die Verlängerung der Regio-Bahn S28 nach Vohwinkel an. Dem Verkehrsausschuss habe eine Drucksache vorgelegen, die den Schluss auf eine „Beerdigung“ des Projektes erwarten ließe – hier werde erneut auf diesen Plan verwiesen. Hierauf antwortet Herr Beigeordneter Meyer.

Die angesprochene Vorlage stelle dar, dass Planungsrecht mit einer Gültigkeitsdauer von zehn Jahren bestehe, jedoch derzeit keine finanzielle Realisierungsoption bestehe. Dies bedeute aber keineswegs den Abgang dieses sehr sinnvollen Infrastruktur-Projektes. Gemeinsam mit den anderen betroffenen Gebietskörperschaften – in erster Linie dem Kreis Mettmann – sei die Stadt Wuppertal aufgefordert, nach Finanzierungsmöglichkeiten jenseits eines kommunalen Eigenanteils zu suchen.

Herr Köster nimmt in seinem Redebeitrag Bezug auf den neu beschafften Opel Combo, der gegenüber seinem Vorgänger den CO₂-Ausstoß wieder erhöht habe. Seien hierfür technische Gründe verantwortlich?

Die Beantwortung dieser Frage – so Herr Beig. Meyer – werde mit dem Protokoll dieser Sitzung erfolgen.

Beantwortung der gestellten Frage:

Da es sich bei dem genannten Fahrzeug um ein Erdgasfahrzeug mit Otto-Motor handelt, liegt der CO₂-Ausstoß etwas höher als beim Vorgänger, einem Dieselfahrzeug. Zukünftig wird auch bei den Erdgasfahrzeugen der CO₂-Ausstoß aufgrund neuer technischer Entwicklungen deutlich reduzieren.

Eine weitere Frage bezieht sich auf die Genehmigung von Anlagen in Luftreinhaltegebieten. Bezirksregierung und Stadt Wuppertal stünden hier gemeinsam in der Pflicht. Hierzu führt Frau Bücker aus, dass die Stadt Wuppertal im Rahmen Luftreinhalteplanung nicht über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen könne. Nur in Belastungsgebieten könnten gegebenenfalls zusätzliche Auflagen erteilt werden – die von Herrn Köster erwähnte Firma Erfurt mit ihren Absichten, eine Kraftwerk zu errichten läge nicht in einem Belastungsgebiet.

Der Ausschuss für Umwelt nimmt den Sachstandsbericht ohne Beschlussfassung entgegen.

9 Altlastensanierung Unterkohlfurth 76 - Ehemaliger Betriebsstandort Fa. Baaske
Vorlage: VO/0058/10

:Der Ausschuss für Umwelt nimmt den Bericht ohne Beschlussfassung entgegen.

10 Planfeststellungsverfahren Firma Iseke GmbH & Co.KG
Vorlage: VO/0077/10

Herr Iseke verlässt für diesen Tagesordnungspunkt den Sitzungsraum und wird von Herrn Kruschinski vertreten.

Fragen von Herrn Rösener werden von Herrn Wächter beantwortet.

Der Ausschuss für Umwelt nimmt den Bericht ohne Beschlussfassung entgegen.

11 Baumfällungen im "Ackermann-Wäldchen"
Vorlage: VO/0059/10

Herr Köster stellt mit Bedauern fest, dass nach dem Wegfall der Baumschutzsatzung oft auch bei Baumpflegemaßnahmen die Gelegenheit zur Fällung auch gesunder Bäume genommen wird.

Der Ausschuss für Umwelt nimmt die Informationen über die Baumfällungen im Privatwald „Ackermann-Wäldchen“ ohne Beschluss entgegen.

12 Berichte, Mitteilungen, Anfragen

12.1 Nordbahntrasse

Herr Toennes gibt einen aktuellen chronologischen Sachstandsbericht zum Thema „Nordbahntrasse“, speziell zum „Engelnberg-Tunnel“ und den dort angestellten Untersuchungen, entsprechenden Beschwerden und verfügbarem Baustopp seitens der Bezirksregierung.

Im Weiteren beantwortet Herr Toennes Nachfragen der Frau Vorsitzenden.

Herr Stv. Mucke verleiht der Hoffnung Ausdruck, dass die geplante Nordbahntrasse so bald wie möglich für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt nutzbar ist. Er begrüßt die Kooperationsbereitschaft der Wuppertal-Bewegung und wünscht sich gleiches Verhalten seitens der Naturschutzverbände. Er mahnt einen permanenten gemeinsamen Austausch aller Beteiligten an.

Einen weiteren Diskussionsbeitrag leistet Herr Liesendahl, der die Chronologie der Untersuchungen und ihrer Ergebnisse aus der Sicht der Naturschutzverbände darstellt.

Frau Stv. Schäfer wünscht sich für die Zukunft, dass die Verwaltung sich künftig vorab Rat bei der Oberen Behörde – der Bezirksregierung – oder gar beim Umweltministerium einholt.

Herr Beig. Meyer entgegnet, dass die Gesamtverwaltung zu der Entscheidung gekommen sei und dass die Ausnahmegenehmigung unter den hohen an die Wuppertal-Bewegung gestellten Auflagen, rechtens sei.

Frau Stv. Brücher macht deutlich, dass das ökologisch wichtige Projekt der Nordbahntrasse eine große Bedeutung für die Stadt Wuppertal hat. Alle Mitglieder des Ausschusses – so ihr Eindruck – stünden voll hinter dem Projekt. Hilfreich seien – so Frau Stv. Brücher weiter – Gespräche aller Beteiligten, auch der Naturschutzverbände, bevor Entscheidungen getroffen würden.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich Herr Liesendahl, Herr Beig. Meyer und Herr Stv. Dr. Kroll.

12.2 Jahresprogramm Station Natur und Umwelt

12.3 Jahresprogramm Botanischer Garten

Herr Ehm weist auf die ausgelegten Jahresprogramme sowohl der Station Natur und Umwelt als auch des Botanischen Gartens hin und macht deutlich, dass die hervorragende Arbeit dieser Institutionen ohne die tatkräftige Mithilfe der jeweiligen Fördervereine nicht denkbar sei.

Am 29. Mai werde die neue Station Natur und Umwelt eingeweiht.

Auch Herr Stv. Emmert dankt den Fördervereinen und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit.

12.4 Amphibienschutz-Aktionen

Beschluss des Ausschusses für Umwelt vom 23.02.2010:

Frau Varnhorst stellt den Flyer zu den geplanten Amphibienschutzaktionen in Wuppertal und berichtet über die Aktionen des Jahres 2010. Geplant sei die Einrichtung von „Patenschaften“ – bestehend aus Einzelpersonen, Familien, Vereinen oder Schulklassen – die sich in der betreffenden Jahreszeit um die

Amphibien kümmern. Hierfür sei intensiv Werbung über die Medien, über das Internet und mit Hilfe des ausliegenden Flyers betrieben und somit PatInnen gefunden wurden.

12.5 Picobello 2010

Herr Lutz informiert über die für den 20.03.2010 vorgesehene Stadtreinigungsaktion „Picobello“ und beantwortet eine Rückfrage von Herrn Iseke.

12.6 BergischMobil 10.04.2010

Frau Mölleken informiert über die für den 10.04.2010 geplante Veranstaltung „BergischMobil“ auf dem Johannes-Rau-Platz.

12.7 Anfrage der FDP-Fraktion

Die Anfrage von Herrn Stiller, wann mit einer Beantwortung der FDP-Anfrage zum Thema „Elektro-Mobilität“ zu rechnen ist, wird von Herrn Beig.Meyer mit Verweis auf die nächste Ausschuss-Sitzung beantwortet.

12.8 Klimabündnis - Jahrestagung

Frau Brendel weist auf die Jahrestagung des Klimabündnisses mit der Mitgliederversammlung vom 14. – 16.April in Perugia hin.

12.9 Klimakonferenz

Am Freitag, 23.04.2010 – so Frau Brendel – findet die Kommunale Klimakonferenz in Wuppertal statt.

Stv. Bettina Brücher
Vorsitzende

Michael Lutz
Schriftführer